Pfeffinger Forum 2015: WUNSCHTRAUM FRIEDEN

Grussbotschaft von Landrat Christoph Buser Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Liestal

(Dienstag 12. Mai 2015, 20:00 Uhr / Mehrzweckhalle Pfeffingen)

Es ist mir eine grosse Freude, Sie zum traditionellen Pfeffinger Forum begrüssen zu dürfen. Die Wirtschaftskammer Baselland hat das Patronat der heutigen Veranstaltung mit ihren drei hochkarätigen Referenten sehr gerne übernommen.

Ganz bewusst haben wir für die heutige Veranstaltung das Thema «Wunschtraum Frieden» gewählt. War bis vor kurzem noch undenkbar, dass wir in der Schweiz wieder durch kriegerische Konflikte bedroht sein könnten, haben uns die terroristische Gefahr und die Krise in der Ukraine eines besseren belehrt. Unsere drei ausgewiesenen Experten sind prädestiniert dafür, diese neuen Bedrohungen zu analysieren und in einen grösseren Kontext zu stellen.

Ich bin mir sicher, dass er die Maxime von Marcus Tullius Cicero kennt, der in einer Grundsatzrede vor dem römischen Senat um 43 vor Christus den berühmten Satz formulierte: Wenn Du den Frieden willst, dann rüste Dich für den Krieg.

Aber sind wir heute, 2050 Jahre später, wirklich gerüstet für die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts, für den Cyber-Krieg und andere nicht konventionelle Arten der Aggression?

Der letzte Woche publizierte Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes macht eine deutliche Aussage: Radikalisierte Djihadisten und der Ukraine Konflikt bergen die grössten Gefahren für unsere Sicherheit. Der Überfall eines anderen Staates dagegen ist höchst unwahrscheinlich geworden. Auch wenn wir uns immer wieder einmal mit unseren Nachbarn in den Haaren liegen, sind wir schliesslich von Freunden umgeben.

Natürlich wollen wir, dass uns der Staat schützt. Das postuliert schon Artikel 2 der Bundesverfassung. Dort steht: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“ Soweit so gut. Aber mit welchen Mitteln macht sie das? Artikel 58 der Bundesverfassung gibt keine abschliessende Antwort. „Die Armee (...) unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.“ Diese sehr allgemeine Aussage hilft uns nicht wirklich weiter.

Und eine Frage bleibt völlig unbeantwortet: wie weit gehen wir in unseren Sicherheitsbestrebungen und wann tangieren sie unsere Freiheit zu sehr?

Der amerikanische Staatsmann Benjamin Franklin warnte schon vor 250 Jahren, dass zu viel Schutz ein liberales Gemeinwesen bedrohen kann: "Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren."
Den gleichen Gedanken formulierte Wolfgang Thierse, der ehemalige Präsident des deutschen Bundestags, mit dem Satz: „Es nützt der Freiheit nichts, wenn wir sie abschaffen, um sie zu schützen."
Eines ist freilich unbestritten: Die Verwundbarkeit des Kleinstaats Schweiz ist grösser geworden. Wir sollten die Suche nach der richtigen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit aber nicht einfach an staatliche Organe delegieren. Diese Frage geht uns alle an. Der Bundesrat und das Parlament haben die geeigneten Massnahmen für den Schutz von Freiheit und Sicherheit zu treffen und unsere Interessen international zur Geltung zu bringen. Zudem müssen Behörden, Wirtschaft und die Betreiber kritischer Infrastrukturen enger zusammenarbeiten.
Einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der inneren Sicherheit des Landes hat der Nationalrat in der Frühjahrssession mit der Erstbehandlung des Nachrichtendienstgesetzes geleistet. Darin werden unsere Freiheitsrechte ausdrücklich garantiert. Das Gesetz setzt den rechtlichen Rahmen, der die Tätigkeiten des schweizerischen Nachrichtendienstes eng begrenzt, die Verhältnismässigkeit von Massnahmen verlangt und sie richterlichen, politischen und demokratisch legitimierten Kontrollen unterstellt.
Meine Damen und Herren, die meisten von Ihnen werden sich erinnern, dass der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1992 euphorisch das Ende der Geschichte und den Sieg der liberalen Gesellschaft verkündete. Er scheiterte wie viele Auguren an der wohl bekannten Tatsache, dass Prognosen immer heikel sind, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen.

Tatsächlich hatten wir in den in den 80ger und 90ger Jahren eine aussergewöhnliche Phase der Stabilität erlebt, die spätestens 2001 mit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York abrupt endete. Heute treiben terroristische Organisationen wie der Islamische Staat, Al Kaijda, Al Shabab und andere Extremisten weltweit ihr Unwesen und Vladimir Putin fordert die EU mit seiner Unterstützung der russischen Separatisten in der Ukraine heraus.

Unsere Referenten werden uns heute Abend helfen, alle diese Entwicklungen einzuordnen und ein realistisches Bild der Bedrohungslage zu zeichnen. Darauf freue ich mich sehr und bedanke mich für Ihr Kommen und Ihre Aufmerksamkeit.